

Praktische Aktionen gegen den Frauenhandel gefordert

Vechta/Brüssel (es) – Praktische Aktionen der Europäischen Kommission gegen den Menschenhandel, speziell gegen das Einschleusen von Frauen, hat der CDU-Europaabgeordnete Hans-Peter Mayer aus Vechta gefordert. Anlass der Forderung ist die Diskussion über das Thema im Europäischen Parlament. Die EU-Kommission hatte am Donnerstag dem Parlament eine Zustandsbericht über die Bekämpfung des Frauenhandels vorgelegt.

In die EU-Mitgliedstaaten würden zunehmend Frauen eingeschleust, die Opfer von Frauenhandel und Zwangsprostitution seien. Es handele sich um einen bevorzugten Operationsbereich internationaler krimineller Menschenhändlering, die die Frauen unter sklavenähnlichen Umständen vegetieren lassen und erbarmungslos sexuell ausbeuteten. Die Öffentlichkeit sei gegenüber dieser inakzeptablen Form der Verletzung der Menschenrechte von

Frauen mittlerweile weitgehend sensibilisiert, teilte Mayer mit.

Die EU-Kommission habe den derzeitigen Stand der Bekämpfung des Frauenhandels mitgeteilt und über die Schwachstellen berichtet. Sie sei auch auf neue Initiativen eingegangen und verknüpfe diese mit der Intensivierung der bisher ergriffenen Maßnahmen.

Prof. Mayer hält dies für unzureichend und erklärte dazu: „Es reicht nicht, den Frauen- und Kinderhandel als unvermeidbare Verletzungen von grundlegenden Menschenrechten zu verurteilen. Wir benötigen praktische Aktionen von der Kommission. Dazu gehört eine Analyse des Zusammenhangs zwischen den Einwanderungsgesetzen und -praktiken in der EU und dem Frauenhandel. Die Kommission sollte dringend alle vertraglich vorgesehenen Möglichkeiten zur Bekämpfung des Menschenhandels zum Zwecke der sexuellen Ausbeutung ausschöpfen. Die Regierungskonfe-

renz sollte unter Umständen eine klare Rechtsgrundlage in den EG-Vertrag aufnehmen. Voraussetzung für eine effektive Bekämpfung ist schon eine eindeutige Definition des Begriffs ‚Frauenhandel‘. Diese sollte neben der Zwangsprostitution und der sexuellen Ausbeutung auch sklavereiähnliche Praktiken wie Zwangsarbeit umfassen“.

In den Mitgliedstaaten und Bewerberländern sollte Frauenhandel und damit zusammenhängende sklavereiähnliche Praktiken gesetzlich als Verbrechen eingestuft und die Durchsetzung bestehender Gesetze gewährleistet werden, erklärt der Europaparlamentarier. „Wir brauchen auch eine bessere Kooperation zwischen den Mitgliedstaaten, um das Schlepperwesen zu bekämpfen. Die Institutionen dafür haben wir bereits: die nationalen Stellen, Europol und Interpol“, heißt es abschließend in einer Pressemitteilung des Abgeordneten.